

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

Gesch. Nr. 039/11

16.04.33 Gemeindeorganisation; Geschäftsberichte

Frage von Gemeinderat Roger Schwaller, SVP, betreffend Ressort Sicherheit

[...]

4. GESCHÄFT-NR. 039/11 Geschäftsbericht 2010

[...]

Ratspräsidentin Ruth Hildebrand, FDP, schickt vor der Detailberatung dieses Geschäftes einige grundlegende Anmerkungen zum Ablauf voraus:

Die Reihenfolge gestaltet sich wie folgt:

- Eröffnung der Eintretensdebatte durch den Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission (inkl. Abschied)
- Weitere Voten zur Eintretensdebatte
- Abstimmung über Eintreten
- Stellungnahme der Stadträte zu den mit der Geschäftsprüfungskommission im Vorfeld vereinbarten Themen (Reihenfolge gemäss gedrucktem Geschäftsbericht). Das Ratsbüro machte die Mitglieder des Stadtrates im Vorfeld darauf aufmerksam, ihre Ausführungen auf 7 Minuten zu beschränken, was nicht nur für Zuspruch sorgte.
- Fragen der Ratsmitglieder (jeweils zuerst GPK-Mitglieder, danach Ratsmitglieder) können während der Behandlung der einzelnen Ressorts angebracht werden.

Um eine effiziente Behandlung dieses Geschäftes zu ermöglichen, seien folgende Hinweise gegeben:
Die Fragen sollten sich auf Vergangenes beziehen und die entsprechende Stelle im Geschäftsbericht jeweils mit Nennung der Seitenzahl erläutert werden. Fragen, die sich mit Sachgeschäften in der Zukunft auseinandersetzen, können in der alljährlichen Fragestunde an die Mitglieder des Stadtrates gerichtet werden.

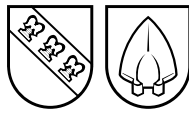
ABSCHIED DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Mit Schreiben vom 27. Juni 2011 übermittelt die Geschäftsprüfungskommission ihren Abschied zu vorstehendem Geschäft:

ANTRAG

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig die Abnahme des Geschäftsberichtes 2010, gestützt auf § 25 Ziffer 3 der Gemeindeordnung.

BEGRÜNDUNG



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

In mehreren Sitzungen hat die Geschäftsprüfungskommission den Geschäftsbericht 2010 detailliert besprochen und gründlich geprüft. Es wurden weder grundsätzliche Mängel noch Unterlassungen festgestellt. Die Mitglieder der Kommission beschafften bei Bedarf oder Unklarheiten zusätzliche Informationen bei den zuständigen Stellen und erhielten gewünschte ergänzende Unterlagen. Die zahlreichen ausgewählten Fragen wurden den RessortvorsteherInnen vorgängig schriftlich eingereicht und durch sie anlässlich der Befragung kompetent beantwortet und mit schriftlichen Unterlagen ergänzt. Die ausführlichen Antworten einerseits und die Erklärungen betreffend Pendenzen andererseits fielen zur vollen Zufriedenheit aus. Einmal mehr hat sich diese Art des Austausches sehr bewährt.

Die vielfältigen Tätigkeitsbereiche der Verwaltung, der verschiedenen städtischen Behörden, Kommissionen und der öffentlichen Betriebe werden auch in diesem Geschäftsbericht durch aufschlussreiche Berichte, Statistiken und Diagramme belegt. Hervorzuheben ist, dass nicht nur Zahlenmaterial präsentiert wird, sondern auch entsprechende Erläuterungen zur Verdeutlichung vorliegen. Wie schon in den vergangenen Jahren befindet sich im Anhang eine Liste der Schwerpunkte und Pendenzen – grössere Geschäfte des Stadtrates –, die es noch zu erledigen gilt.

Die GPK möchte besonders erwähnen, dass nach mangelnder Termintreue bei der Befragung in den letzten Jahren, dieses Jahr die Termine für die Befragung allesamt eingehalten wurden! Die Befragung konnte so rationell durchgeführt werden. Die GPK bedankt sich bei den StadträtInnen.

Die GPK ist überzeugt, dass die Stadt Illnau-Effretikon eine Verwaltung hat, die ihre Aufgaben erfüllt, gut funktioniert und gegenüber der Bevölkerung als Dienstleisterin auftritt. Sie spricht allen Beteiligten für die erbrachte Arbeit ihren Dank aus.

DISKUSSION IM RAT

Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission, Reto Unterholzner, SVP, eröffnet die Eintretensdebatte:

„Die Geschäftsprüfungskommission hat den Geschäftsbericht an drei Sitzungen bearbeitet. An der ersten Sitzung wurden Fragen diskutiert und jene, welche an den Stadtrat weitergereicht werden, definiert.

Die Fragen wurden dann sehr kompetent und ausführlich von den entsprechenden Stadträtinnen und Stadträten an der jeweils 45 minütigen Befragung pro Ressort mündlich und schriftlich beantwortet. Das Ressort Präsidiales wurde durch Max Binder vertreten, welcher mit der Unterstützung von Kurt Eichenberger und Christof Müller die gestellten Fragen ebenfalls kompetent beantworten konnte.

Es ist jeweils sehr interessant etwas tiefer in die einzelnen Ressorts Einblick zu erhalten und ich danke im Namen der Geschäftsprüfungskommission den Exekutivmitgliedern für die geleistete Arbeit.

Die GPK konnte bei Ihrer Arbeit keine gravierenden Mängel feststellen und findet den Geschäftsbericht als sehr informatives Kompendium mit Zahlen, Fakten, Projekten und Berichten unserer Gemeinde.

Speziell bedanken möchte ich mich bei allen Stadträtinnen und Stadträten für die Termintreue bei der Befragung, so konnte diese rationell durchgeführt werden.

Die GPK hat den Ressortvorstehern jeweils max. zwei Fragen zur Erläuterung im Rat zugestellt, welche nun nachfolgend präsentiert werden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

Die Geschäftsprüfungskommission plädiert für Eintreten. Und Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig die Abnahme des Geschäftsberichtes 2010.“

Aus dem Rat erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zum Eintreten.

ABSTIMMUNG ZUM EINTRETEN

Der Grosse Gemeinderat äussert sich einstimmig, das Geschäft zu behandeln und darauf einzutreten.

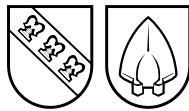
Die Mitglieder der vorberatenden Geschäftsprüfungskommission GPK haben den Stadträten im Vorfeld dieser Sitzung Fragen zukommen lassen, welche im Plenum nochmals erörtert werden.

Die Stadträtinnen und Stadträte berichten aus den Ressorts:

Ressort	Seite
GEMEINDE	1
GROSSER GEMEINDERAT	5
STADTRAT	10
PRÄSIDIALES	13
FINANZEN (FINANZEN / STEUERN)	25 / 34
GESUNDHEIT	40
HOCHBAU	52
JUGEND UND SPORT	65
SCHULE	77
SICHERHEIT	88
SOZIALES	100
TIEFBAU	114
BETREIBUNGS- UND STADTAMMANNAMT	134
SCHWERPUNKTPROGRAMM DES STADTRATES	135
PENDENZENLISTE DES STADTRATES	139

RESSORT PRÄSIDIALES

Max Binder, Vizepräsident, SVP



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

Der Vizepräsident nimmt Stellung zu folgender Frage:

„Im Geschäftsbericht fehlen Informationen zum Bereich „Personaldienst“ gemäss Seite 1 ORGANISATIONS-REGLEMENT, welches dem Ressort Präsidiales unterstellt ist.

- Besteht ein Personaldienst analog einer Human Ressource Abteilung in einer Unternehmung, welcher unter anderem als Anlaufstelle für die MitarbeiterInnen der Gemeinde Illnau-Effretikon in organisationsbezogenen Fragen (z.B. Ferienregelung, Weiterbildung, Pensionskasse, etc.) aber auch als Kontaktstelle für Stellenausschreibungen der Gemeinde Illnau-Effretikon dient?
- Welche Aufgaben übernimmt der Personaldienst konkret und wer leitet diesen?
- Wer ist die entsprechende Anlaufstelle im Personaldienst für die MitarbeiterInnen der Gemeinde Illnau-Effretikon und wie kann diese kontaktiert werden?“

Der Personaldienst besteht aus dem Personalchef (Leitung), der Stellvertretung (Unterstützung und Vertretung) und dem Chef der Stadtkanzlei (Sekretariat) und ist Stabsstelle für das ganze städtische Personal mit Ausnahme der Angestellten des Altersheims sowie der Lehrpersonen der Schule. Er ist zudem Anlauf- und Verbindungsstelle für das Personal in personellen Belangen zu allen vorgesetzten Stellen (§ 3 der Vollziehungsbestimmungen zur Besoldungsverordnung der Stadt).

In der aktuellen Praxis ist es so, dass innerhalb des Personaldienstes der Stadtschreiber (Personalchef) für die Abteilungsleitungen und der Stellvertreter (Abteilungsleiter Präsidiales) für das übrige Personal zuständig ist. Das Sekretariat wird von der Personalassistentin (Sachbearbeiterin der Stadtkanzlei) geführt.

Zu diesem Ressort ergeben sich keine weiteren Fragen seitens der Ratsmitglieder.

RESSORT FINANZEN

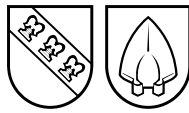
Finanzvorstand, Stadtrat Philipp Wespi, JLIE

Die GPK wünschte sich u.a. Aufschluss über folgende Fragen an das Ressort Finanzen:

„Was war das Resultat der Prüfung hinsichtlich Mehrwertsteuerabrechnung durch die Experten des Bundes?“

Ergebnis MwSt.-Revision:

DS	Bezeichnung	Betrag
402	Vermessung	10'905.00
510	Gemeindestrassen	1'063.00
535	Forstwesen	2'226.00
555	Holzschnitzelheizung	1'246.00
560	Wasserversorgung	36'957.00
571	Kanalisation	12'491.00
712	Abfall	10'031.00
740	Friedhof	-1'838.00
750	Alterszentrum	0.00
950	Schwimmbad/Kusnteisbahn (Sportzentrum)	1'751.00
Total		74'832.00



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

(Vgl. Ergebnis MwSt.-Revision **1999**: Total **Fr. 335'488.00**)

Das Resultat der MwSt.-Revision ist im Verhältnis zur Umsatzgrösse sehr gut ausgefallen. Die Nachzahlung beträgt Fr. 75'000.-. Man bedenke dazu den Vergleich anlässlich der letzten Revision im Jahre 1999, als die Nachzahlung Fr. 335'000.- betrug.

Die Nachzahlung setzt sich hauptsächlich aus folgenden Positionen zusammen:

- 510 / Belagsflicke: Rechnungen müssen mit Vermerk „Schadenersatz“ sowie „Belagsreparatur/Belagsflick“ ausgestellt sein, ansonsten sind sie nicht MwSt.-konform.

Gebührenrechnungen, interne Umbuchungen, div. Buchungen:
Verschiedene Sätzen/Codes müssen separat gebucht werden

- 560, 571 / Subventionen: Vorsteuerkürzungen oder Abzug direkt bei Erhalt (wobei dann zuviel MwSt. an Bund abgeliefert wird).
- 402 / Vermessung: Eine separate Abrechnung der Vorsteuerkürzung muss Ende Jahr vorgenommen werden.
- 740 / Friedhof: Gutschrift aufgrund MwSt.-Satzanpassung.
- 712 / Parkplätze: Vermietete Parkplätze (Finanzvermögen) mit MwSt. Wird nun neu dem Verwaltungsvermögen zugeschrieben, da sie zu Hauptsammelstelle gehören.

Frage zum Projekt Optimierung Laufende Rechnung OLR:

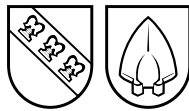
„Es wäre interessant zu wissen, welche Massnahmen konkret ausgewählt wurden, die in erster Priorität sofort umgesetzt wurden und eine respektable Einsparung von 349'600.- erwirkten.“

Der Stadtrat hat seinerzeit das Projekt erlassen, um eine Optimierung bzw. günstigere Erbringung von Dienstleistungen, welche die Stadtverwaltung erbringt, zu überprüfen.

So wurden in Zusammenarbeit mit sämtlichen Ressorts und Abteilungen innerhalb der Verwaltung Aufwendungen von Fr. 627'000.- mit Sparcharakter identifiziert. Diese Positionen wurden mit Prioritätsstufen von 1 bis 3 nach Umsetzungszeitraum versehen. Die Massnahmen der ersten Prioritätsstufe sind teilweise umgesetzt. Sie umfassen gesamthaft einen Betrag von Fr. 350'000.-, wovon Fr. 240'000.- bereits eingespart werden können. So hat die Stadt beispielsweise das Versicherungswesen neu ausgeschrieben und nur noch einem Broker zugewiesen; es erschliesst sich ein Sparpotenzial von Fr. 190'000.-. Ferner hat die Stadtverwaltung einen Systemwechsel bei der Ausrichtung von sogenannten Dienstaltergeschenken (DAG) und Überzeit vollzogen. Diese werden nicht mehr monetär entschädigt, sondern nur noch durch Kompensation von Überzeit gewährt. Die Massnahmen der Prioritätsstufe 2 werden in den Jahren 2012-2014 umgesetzt.

Zu diesem Ressort ergeben sich seitens der Ratsmitglieder keine weiteren Fragen.

RESSORT GESUNDHEIT



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

Gesundheitsvorstand, Stadtrat Max Binder, SVP

Die GPK wünschte sich Erläuterungen zur Frage der präventiven Hausbesuche.

Stadtrat Max Binder führt anhand einer Powerpoint-Präsentation, welche sich im Anhang dieses Protokolls findet, detaillierte Informationen zu den präventiven Hausbesuchen aus. Das Projekt wurde im Dezember 2009 durch den Stadtrat genehmigt. Als Mandatsträgerin figuriert die Spitex Illnau-Effretikon. Ziele der Massnahmen zu den Hausbesuchen sind u.a.:

- Früherkennung von Risiken, langfristigen Gesundheitsschäden und schwierigen Sozialsituationen
- Erhöhung der Lebensqualität im Alter
- Eintritt in eine betreute Wohnform verhindern oder verzögern

Zur Zielgruppe zählen:

- Alle Menschen im AHV-Alter
Ausgewählte Jahrgänge erhalten eine persönliche Einladung zu einem solchen Hausbesuch. Der Rücklauf war dieses Jahr, als 75-jährige Personen angeschrieben wurden, nicht besonders gross. Man werde nächstes Mal ältere Jahrgänge berücksichtigen. Die Kosten pro Person und Besuch betragen Fr. 361.-. Ein Besuch dauert 3 Stunden. Das Vorgehen erfolgt nach einem definierten Prozess. Binder nimmt Bezug auf das Flussdiagramm, welches die Abläufe schematisch abbildet (siehe Präsentation im Anhang).

Die Geschäftsprüfungskommission erkundigte sich ebenso nach der städtischen Papiersammlung.

Max Binder gewährt eine Übersicht der Aufteilung der Papiermengen (Übersicht in der beigelegten Präsentation einsehbar).

Die Papiersammelstellen wurden aufgehoben. Somit ergibt sich eine Verschiebung der Papiermengen, welche bis anhin bei den Sammelstellen entsorgt wurden, zur Sammlung durch die Ortsvereine.

Es befremdet die Stadt sehr, dass sehr viele auswärtige Personen ihren Abfall bei der städtischen Hauptsammelstelle entsorgen. Zählungen ergaben, dass über 1000 nicht ortsansässige Personen sich ihrer Altlasten bei uns entledigen. Das sei nicht Sinn der Sache.

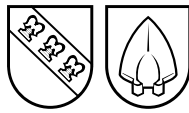
Der Rat äussert keine weiteren Fragen zum Ressort Gesundheit.

RESSORT HOCHBAU

Hochbauvorstand, Stadtrat Reinhard Fürst, SVP

Die Geschäftsprüfungskommission GPK meldete Bedarf zur Erläuterung der Denkmalpflege/Heimatschutz an.

Die gesetzlichen Bestimmungen richten sich nach § 203 des Planungs- und Baugesetzes PBG. Die Stadt hatte in ihrem Inventar 347 Positionen mit schutzwürdigem Charakter bezeichnet. Im Jahre 2009 wurde das Verzeichnis auf dessen Aktualität überprüft. Der Bestand wurde hernach auf 315 Objekte reduziert. So sind u.a.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

auch Denkmäler von nationaler Bedeutung (Kappelle Rikon), 29 kantonal-geschützte Objekte (u.a. Kirchen), 56 integral-schützenswerte und 129 erhaltenswerte Objekte verzeichnet.

Wenn der Abteilung Hochbau ein Baugesuch zugeht, hat der Bausekretär die gesetzlichen Grundlagen zu prüfen, insbesondere, ob das Bauvorhaben im Inventar figuriert. Wenn ein Objekt betroffen ist, werden die Gesuchsunterlagen der kantonalen Denkmalpflege weitergeleitet. Ferner werden Verhandlungen mit der Bauherrschaft geführt. Kommt man zu einer Einigung, ergeht hernach eine Baubewilligung mit Auflagen und Bedingungen. Kann man sich mit den Bauherren nicht einigen, wird der Stadtrat innert Jahresfrist die Unterschutzstellung des Objektes beantragen. Dieser Weg gestaltet sich nicht immer einfach. So sind mehrere Verhandlungen nötig, deren alleiniges Ziel und Zweck es ist, die Ortsbilder zu schützen. Die Stadt Illnau-Effretikon umschliesst 12 alte Ortskerne. Diese Strukturen möchte man erhalten. Im Übrigen sind sämtliche Kataster und Inventare im elektronischen geografischen Informationssystem GIS öffentlich einsehbar.

Zum Ressort Hochbau wünscht der Rat keine weiteren Fragen beantwortet zu haben.

RESSORT JUGEND UND SPORT

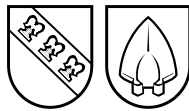
Stadtrat André Bättig

Stadtrat Bättig wird einige Worte über die mobile Jugendarbeit verlieren. Es handelt sich dabei um die Ergänzung der stationären Jugendarbeit, sprich der Jugendarbeiter/innen im Jugendhaus. Wenn man die Situation der Freizeitgestaltung von Jugendlichen betrachtet, dann sind viele davon in Vereinen organisiert. Die andere Schicht gestaltet ihre Freizeit anders. Einige besuchen das Jugendhaus, andere nicht. Im Sommer sind die Jugendlichen oft draussen, was zu Lärm und Abfallemissionen führt. Gleichermassen schürt dies den Unmut in der Bevölkerung. Im Schwerpunktprogramm 2010-2014 SSP postuliert die Stadt, eine sichere Stadt, in der sich alle wohl fühlen, sein zu wollen. So kam ein interdisziplinäres Projekt zu Stande, in welchem die Ressorts Sicherheit, Soziales und Schule involviert sind. Bereits haben intensive Untersuchungen stattgefunden (auch bei Jugendlichen). Dabei konnte man feststellen, dass es sich um keine wirkliche Problematik handelt. Vielmehr liegt hier ein subjektives Problem seitens der Anwohnerschaft vor. Man könne die Situation mit dem Fluglärm vergleichen. Nur Direktbetroffene, welche die Situation auch noch schüren, sorgen hier für eine Diskrepanz in der Wahrnehmung.

Die Jugendarbeit erfasse Jugendliche bis zum 18. Altersjahr. Das „Problem“ weite sich aber auch noch auf ältere Jahrgänge (bis etwa 22) aus. Diese Lücke könnte mit mobiler Jugendarbeit anstelle der repressiven Massnahmen der Stadtpolizei geschlossen werden. So schaffe man nun ein Anforderungsprofil und werde entsprechende Anträge zu Händen des Stadtrates und eventuell an die Adresse des Grossen Gemeinderates richten. Im Übrigen stellt Stadtrat Bättig fest, dass sich die Situation in diesem Jahr relativ ruhig präsentiere. Dies sei den bisher getroffenen Massnahmen auf operativer Ebene zu verdanken.

Keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen.

RESSORT SCHULE



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

Schulpräsidentin, Stadträtin Erika Klossner.

Die Geschäftsprüfungskommission formulierte den Wunsch, an dieser Stelle über weiterführende Angaben zur Schulraumplanung zu erfahren. Stadträtin Klossner vertröstet den Rat auf eine bald folgende Vorlage, wo detaillierte Informationen erörtert werden. Der Rahmen, welche die Behandlung des Geschäftsberichtes hier vorgibt, sei etwas zu klein, um dem Thema gerecht zu werden.

Sodann kommt Erika Klossner auf das zweite Thema zu sprechen:

Disziplinar massnahmen. Klossner betont, dass es ohne Prävention schwierig sei, der Problematik Herr zu werden. Die Schule habe Hausregeln, welche der Schülerschaft bekannt seien. Diese umfassen u.a. auch Verbote des Mitführens von Alkohol, Raucherwaren und anderen Suchtmitteln. Bei Verstössen gegen diese Bestimmungen, werden Massnahmen ergriffen. So ergehen als erstes Einträge im sogenannten Kontaktheft. Bei drei solchen Eintragungen werden die Eltern zu einem Gespräch mit der Schulleitung vorgeladen. Das daraus resultierende Anhörungsprotokoll muss unterzeichnet werden. Bei einem weiteren Verstoß folgt ein schriftlicher Verweis, danach wird die Ausschlussung angedroht und durch die Schulleitung bei der Schulpflege beantragt. Hierbei handle es sich um die letzte und härteste Massnahme, wobei die Schule fehlbare Schüler/innen nicht einfach auf die Strasse stellen kann, sondern eine Alternative anbieten müsse. Man wende dieses Verfahren - nicht zuletzt der hohen Kosten wegen - eher zurückhaltend an. Bis jetzt kam es ein Mal zur Anwendung. Der betroffene Schüler stehe noch heute auf der Strasse.

Auch bestehe um den Bereich des Mobbing ein weiterer Brennpunkt. Mit den „sozialen“ Netzwerkplattformen wie facebook oder Youtube, werde es der Schule nicht leicht gemacht, den Überblick zu behalten und etwelche Massnahmen bei widerrechtlichem Verhalten anzuordnen. Das ganze Feld sei sehr dynamisch und schwer kontrollierbar. Mobbing via facebook-Einträge oder Youtube-Filme sei aber nicht hiesig Thema, sondern Sorge international für grosse Probleme. Die Prävention in diesem Bereich gestalte sich als äusserst schwierig. Man arbeite diesbezüglich eng mit der Polizei zusammen.

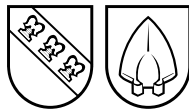
Es sei verfehlt, den Teufel an die Wand zu malen und alle in den selben Topf zu werfen. 95 % der Schüler/innen bereiten keine Probleme. Es seien die restlichen 5 % die für Kopfzerbrechen sorgen.

Auch die Mitwirkung der Eltern ist von evidenter Bedeutung. Mit Bedauern sei festzustellen, dass Eltern ihre Unterstützung und Verlässlichkeit nur ungenügend wahrnehmen. Zu einer kürzlich erfolgten Informations-Veranstaltung gingen 95 Anmeldungen ein. Schlussendlich besuchten 30 Teilnehmer/innen den Anlass, während 65 Personen unentschuldigt fern blieben. Wie soll die Schule wichtige Werte wie Pünktlichkeit, Verlässlichkeit usw. lehren, wenn die Eltern ihre Verantwortung nicht tragen und ein solch schlechtes Beispiel vorleben? Die Schulleiter verkommen so zur Vollzugsstelle.

Zum Ressort Schule ergeben sich keine weiteren Fragen.

RESSORT SICHERHEIT

Durch die Abwesenheit von Stadträtin Salome Wyss, SP, nimmt *Stadtrat Philipp Wespi, JLIE*, vertretend Stellung zur Frage, was die regionale Zusammenarbeit der Polizeikörpers bewirke bzw. bezwecke.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

Gemäss Wespi sei die Zusammenarbeit regional organisiert. Es handle sich dabei auch nicht um einen Zusammenschluss, sondern lediglich um einen Zusammenarbeitsvertrag. Die Stadt Illnau-Effretikon verfügt über ein Polizeikorps von 7 Stadtpolizisten. Hätte man sich nicht dem überkommunalen Polizeikorps angeschlossen, dann könnten dienstlich nur die Bürozeiten und donners- und freitags begrenzt Patrouillen abgedeckt werden.

Dank der regionalen Zusammenarbeit, stehen gesamthaft 50 Korpsangehörige von Montag bis Donnerstag den ganzen Tag, und auch am Wochenende bis morgens um 02.00 Uhr zur Verfügung. Die restlichen Zeiten werden durch eine separate Vereinbarung mit der Gemeinde Volketswil abgedeckt. Die Kooperation garantiert eine Anwesenheit der Polizei innert 10 Minuten an Ort und Stelle. Zudem können Synergien bei der Ausbildung genutzt werden. Jedes Korps verfügt über Schwerpunkte wie Drogen, Gewalt, etc.

Die Geschäftsprüfungskommission GPK fragt nach dem Stand des Inkraftsetzungsprozesses der Parkierverordnung.

Diese wurde im Februar 2010 durch den Grossen Gemeinderat erlassen. Hernach wurde das Paket den kantonalen Instanzen zur Beurteilung und Überprüfung überstellt. Die Kantonspolizei benötigte für diesen Prozess bis Februar 2011 reichlich Zeit. Jede einzelne Strasse wurde überprüft. Indessen wurden an verschiedenen Stellen auch Markierungen bei Parkfeldern angebracht. Ebenso wurde die Anwohnerschaft angehört. Es gilt nun, die administrativen Prozesse anzupassen, die Software entsprechend zu programmieren und weitere Vorkehrungen zu treffen, damit die Umsetzung baldmöglichst initiiert werden kann.

Gemeinderat Roger Schwaller, SVP, bringt eine Frage zum Ressort Sicherheit ein. Seite 94 des gedruckten Geschäftsberichtes 2010 bildet die diesbezüglichen Statistiken ab. Gemeinderat Schwaller zeigt sich verwundert, dass durch die Installation des überkommunalen Verbundes, die Patrouillen der Stadtpolizei gesamthaft in ihrer Zahl doch massiv reduziert wurden.

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, nimmt diese Frage entgegen und wird sie der abwesenden Sicherheitsvorsteherin zur individuellen Beantwortung weiterleiten.

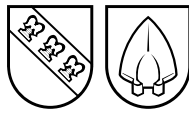
Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Frau Stadträtin Salome Wyss, Ressort Sicherheit
- Abteilung Sicherheit

RESSORT SOZIALES

Sozialvorstand, Stadtrat Kurt Brüngger, SP

Stadtrat Kurt Brüngger bedankt sich für die Gespräche mit der Geschäftsprüfungskommission GPK, die im Rahmen der Anhörung zum Geschäftsbericht im Vorfeld dieser Debatte statt gefunden haben. Die GPK bezieht sich auf Seite 104 des gedruckten Geschäftsberichtes und möchte wissen, weshalb der Nettoaufwand der Sozialhilfe im Vergleich zum Vorjahr dermassen stark gesunken ist.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

Kurt Brüngger führt aus, dass ein Einfluss des Staatsbeitrages verneint werden könne - dieser mache seit jeher 5 % aus. Die Hauptgründe lassen sich eher mit Rückerstattungen von Sozialversicherungen, einer guten Vermittlungsquote des internen Arbeitsvermittlungssystems und eines guten Controllingsystems erklären.

Stellt eine Person einen Antrag um Erbringung von Leistungen aus der Invaliditätsversicherung IV, so vergeht eine lange Frist, bis die verantwortlichen IV-Stellen überhaupt darauf eintreten. Als erstes ergeht meist ein negativer Entscheid. Nachdem dieser sodann revidiert wird, folgt die Verfügung. Diese benennt den Anspruch zurückgerechnet auf den Zeitraum, als der Antrag eingereicht wurde. In der Zwischenzeit springt die Sozialhilfe subsidiär ein. Aufgrund eines mit dem Klienten abgeschlossenen Abtretungsvertrages werden diese Beträge zurückerstattet. Im Jahre 2010 war dies bei mehreren Personen der Fall, weshalb sich diese Zahl auch im Geschäftsbericht in diesem Masse niederschlägt. Es sei bereits jetzt bekannt, dass im Jahre 2011 keine ähnliche Entwicklung festgestellt werden kann.

Ferner wünschte sich die GPK Angaben zur Finanzierung der Stiftung Netzwerk (S. 113 des gedruckten Geschäftsberichtes).

Die Stiftung Netzwerk sei von immenser Bedeutung und ein wichtiges Glied in der Kette von Massnahmen. So biete diese den sogenannten Jobbus an. Einem Klienten wird der Mietzins für seine Behausung und die Prämien der Krankenkasse erstattet. Den Grundbedarf muss die Person jedoch selbst erarbeiten. Sie erhält ein SBB-Billett nach Wetzikon, wo der bereits angesprochene Bus steht. Mit diesem wird zur Arbeit gefahren. Die Stiftung Netzwerk erhält von der städtischen Abteilung Soziales einen Unkostenbeitrag pro Bezüger. Dies reiche jedoch nicht aus, um die Aufwendungen zu decken, weshalb jede Gemeinde im Bezirk Pfäffikon eine Defizitgarantie spricht. Die Stadt Illnau-Effretikon bezahlt jährlich einen Betrag von Fr. 10'500.-

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen zum Ressort Soziales gewünscht werden.

RESSORT TIEFBAU

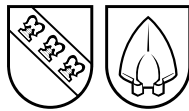
Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, übernimmt die Vertretung des abwesenden Tiefbauvorstandes Ueli Müller, SP.

Seite 126, Klärschlamm, Defekte Anlage (Dekanter)

„Konnten die Ursachen, durch welche die Defekte eintraten, eruiert werden? Wie lang waren die Ausfälle und Kosten?“

Stadtrat Fürst führt aus, dass die Schäden wohl durch feinen Sand entstanden sind. Dieser stamme scheinbar von Baustellen oder durch die Abpumpung von Kanalisationen, was Untersuchungen ergeben haben. Schon mit Bestimmungen in der Baubewilligung wird mit Massnahmen bezüglich Gewässerschutz auf solche Problemherde hingewiesen bzw. diesen entgegengewirkt.

Es ergeben sich keine weiteren Fragen zum Ressort Tiefbau.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 14. Juli 2011

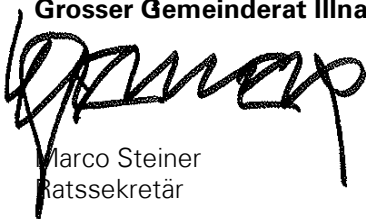
Zu den restlichen Themenbereichen, die im Geschäftsbericht zusätzlich abgehandelt werden (Pendenzenliste des Stadtrates, Schwerpunktprogramm usw.) ergibt sich kein Diskussionbedarf. Die Debatte hat sich erschöpft.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Gemeinderat genehmigt den Geschäftsbericht 2010 einstimmig.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 15.07.2011
ms